

Presseinformation

Nr. 403/2011

Kiel, Dienstag, 16. August 2011

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur HSH Nordbank

Ingrid Brand-Hückstädt:

Acht Erkenntnisse zur Krise der HSH Nordbank

1. Die Geschäftspolitik der HSH Nordbank war falsch.
2. Die HSH Nordbank war personell, organisatorisch und technisch nicht für den globalen Markt aufgestellt.
3. Die HSH Nordbank machte finanzielle Fehler.
4. Die schleswig-holsteinischen Aufsichtsratsmitglieder waren sich weder ihrer Aufgaben bewusst noch hatten sie ausreichend Kenntnisse.
5. Schleswig-Holstein hätte finanzielle Hilfe aus Berlin bekommen.
6. Die Wirtschaftsprüfer wurden nicht geprüft.
7. Die Deutsche Bankenaufsicht hat versagt.
8. Die Krise der HSH Nordbank hat den Steuerzahler Geld gekostet.

Frank Zabel, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: info@fdp.lsh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

FDP

Die Liberalen

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Die Schuldfrage:

Es war das gemeinsame, gleichstromige Zusammenwirken von Landespolitik, Vorstand, Aufsichtsrat, Wirtschaftsprüfern und Bankenaufsicht, das die HSH Nordbank an den Rand des Abgrunds trieb.

Mehr Besonnenheit, mehr kritisches Hinterfragen und sorgfältigeres Befassen mit internationalen Geschäften im Aufsichtsrat und dessen Gremien hätten das Debakel der HSH Nordbank verhindern können.

Forderungen für die Zukunft:

1. **Das Betreiben einer internationalen Geschäftsbank ist nicht Aufgabe von Landespolitikern.**
2. **Deshalb bei Käufer in Sicht: Werthaltig verkaufen.**
3. **Rückbesinnung auf regionale Geschäftsfelder.**
4. **Nie wieder Gewährträgerhaftung.**
5. **Profis in den Aufsichtsrat.**
6. **Ratingagenturen kontrollieren.**
7. **Vertrauen wieder herstellen.**